

NVA-Flotte nach Indonesien verkauft

Für die Bundesregierung ist Indonesien nach wie vor keine Krisenregion. 39 Kriegsschiffe aus den Beständen der ehemaligen NVA werden für einen Spottpreis von 12,7 Mio. US-Dollar nach Indonesien verkauft. Die 14 Landungsschiffe, 9 Minensuchschiffe sowie 16 Schnellboote der Condor-Klasse machen mehr als die Hälfte der ehemaligen DDR-Flotte aus. Sie liegen derzeit in Peenemünde/Mecklenburg-Vorpommern und werden dort für den Transport aufbereitet. Dazu kommen noch 3 neue U-Boote.

Gegner dieses Rüstungsexports verweisen auf die Militärdiktatur in Indonesien, insbesondere auf die Unterdrückung der Bevölkerung im besetzten Ost-Timor. Deutsche Waffenexporte in derartige Krisengebiete seien nicht zulässig, hieß es bei den Veranstaltern der Pfingstdemonstration von Peenemünde (s. SOA-Aktivitäten).

Der Schiffs-Deal war Ende letzten Jahres im Vorfeld des Indonesienbesuchs von Bundeskanzler Kohl perfekt gemacht worden. In der Ex-DDR war man zuvor von der Verschrottung der Schiffe ausgegangen.

In Indonesien selbst hat man inzwischen die peinliche Entdeckung gemacht, daß der Erwerb der Schiffe doch erheblich teurer als erwartet wird. Die Far Eastern Economic Review vergleicht den Deal mit dem Kauf eines preiswerten Rasierapparats, bei dem noch die neuen Klappen fehlen. 1,1 Milliarden US-Dollar wird das Unternehmen letztendlich kosten, nachdem die entsprechenden Werften in Indonesien für die Schiffe aufgerüstet, ein neuer Hafen für sie gebaut, zwei Öltanker gekauft und die Schiffe zunächst in Deutschland, dann in Indonesien auf den neuesten technischen Stand gebracht worden sind. Allein der Transport nach Indonesien, der im August 1993 beginnen und Ende 1994 abgeschlossen werden soll, wird mit 93,9 Millionen Dollar angesetzt.

eigene Berichte sowie FEER
13.5.93, S. 5/4f

**Ost Timor
Widerruf erzwungener Aussagen?**

Kurz nach seiner Verhaftung Ende letzten Jahres hatte der Führer der osttimoresischen Befreiungsbewegung FALINTIL, Xanana Gusmao, die Öffentlichkeit mit einer Erklärung verblüfft, in der er Ost-Timor als einen Teil Indonesiens deklarierte und zur Beendigung des bewaffneten Unabhängigkeitskriegs aufrief. Schon damals gab es viele Anzeichen, daß diese Aussagen durch Folter erzwungen waren. Auch die Verhaftung von unbeteiligten Familienangehörigen hatte zu seiner Erpressung gedient. Im Februar dieses Jahres, am ersten Tag des Prozesses gegen ihn, ging Xanana sogar so weit, als seine Nationalität "Indonesier" anzugeben.

Anfang Mai entließ der Unabhängigkeitskämpfer seinen indonesischen Pflichtverteidiger Sudjono. Das Gericht untersagte ihm daraufhin, seine Verteidigungsrede auf Portugiesisch zu halten. Da Xanana, der kein Indonesisch spricht, sich weigerte, in dieser Sprache zu sprechen, wurde die Verhandlung mit dem Hinweis vertagt, das Plädoyer müsse erst übersetzt werden. Am 12.5. wurde Xanana erneut verboten, seine Verteidigungsrede zu halten; die

schriftliche Erklärung wurde zu den Akten genommen. Das Verhalten des Gerichts deutet nach Ansicht von Beobachtern daraufhin, daß Xanana seine bisherigen Aussagen widerrufen wollte.

Journalisten und ausländische Beobachter wurden an diesem Prozeßtag an der Teilnahme gehindert. Obwohl die Todesstrafe möglich ist, beantragte die Staatsanwaltschaft eine lebenslange Haftstrafe, sicherlich auch unter dem Eindruck internationaler Proteste. Obwohl selbst UN-Generalsekretär Boutros Ghali sich für Xanana eingesetzt hatte, wurde er am 21.5. zu lebenslanger Haft verurteilt. Xanana reagierte auf das Urteil mit den Worten: "Viva Timor Leste!" ("Es lebe Osttimor"). Das portugiesische Außenministerium bezeichnete das Verfahren als "Farce und politischen Prozeß". Portugals Staatspräsident Soares sagte mit Bezug auf Suharto: "Von Diktatoren kann man nur das Schlimmste erwarten." Ministerpräsident Cavaco Silva äußerte, das Urteil zeige die Brutalität des indonesischen Regimes.

Berthold Weber, IMBAS, vgl. NZZ v.
26.5.93

Besuch eines echten Bankers

Wieder einmal empfing die indonesische Regierung einen hohen Gast, der vor Ort die mit internationalen Krediten finanzierten Entwicklungsprojekte besichtigte. Im Vorfeld der CGI-Sitzung (Consultative Group on Indonesia) in Paris war es der Vizepräsident der Weltbank, Gautam Kaji, der sich ein Bild von der Verwendung der internationalen Gelder machte. Gautam Kaji informierte sich über Armut, Umweltprobleme und berufliche Qualifizierung in Indonesien. Das Thema Menschenrechte kam nicht zur Sprache.

Noch vor zwei Jahren hatte sich der niederländische Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Vorsitzende des Geldgeberkonsortiums IGGI, Jan Pronk, in Jakarta sehr unbeliebt gemacht. Er brachte Kritik am Massaker von Dili (November 1991) und anderen Menschenrechtsverletzungen vor. Dies nahm die indonesische Regierung zum Anlaß, Pronk für 1992 auszuladen und ganz auf die finanzielle Unterstützung der ehemaligen Kolonialmacht zu verzichten. IGGI wurde aufgelöst und durch die Weltbank-dominierte CGI ersetzt (vgl. SOAI 3/92).

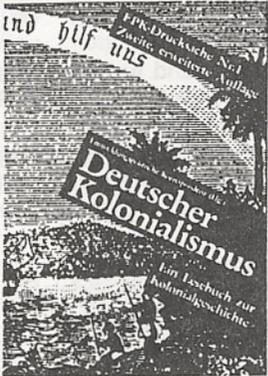
Gautam Kaji erfüllte seine Aufgabe zur Zufriedenheit der indonesischen Regierung: "Als Beauftragter der Weltbank", so deren Vize, "habe ich darauf zu achten, daß eine Regierung gut und gerecht ist, eine klare Verwaltungsstruktur hat und transparente Entscheidungen trifft." Er wich der Frage aus, ob Indonesien diese Bedingungen erfülle. Seine Aufgabe sei es nicht, betonte Kaji, einen Bericht über Indonesien abzuliefern, sondern zu überprüfen, ob die Kredite effektiv eingesetzt würden. Für das Jahr 1993/94 avisierte Kaji noch höhere Kredite als die 4,9 Milliarden US-Dollar des Vorjahres. Dazu der Kommentar von Wirtschaftsminister Saleh Afiff (dem letzten Vertreter der Berkeley Mafia im Suharto-Kabinett): "Gautam Kaji ist eben ein echter Banker und kein Politiker wie Pronk."

vgl. TEMPO 22.5.93, S. 31f

- Anzeige -

EPK
Zeitschrift für Theorie
und Praxis der Entwicklungspolitik

Deutscher Kolonialismus
Ein Lesebuch zur Kolonialgeschichte
Aufsätze + Dokumente
Hamburg 1991, 240 S. (14,-)



Die Entwicklungspolitische Korrespondenz gibt 4 Themenhefte im Jahr heraus, z.B.:

- 1/92 **Nichts zu lachen**
Kinder zwischen Selbstbestimmung und Marginalisierung (6,-)
- 2/92 **Entwicklungspolitik wohin?** (7,-)
- 3/92 **Aids**
Die Krankheit der anderen (6,-)
- 4/92 **Horn von Afrika** (6,-)
- 1/93 **Deutsche im Ausland** (6,-)

Probhefte und Prospekte anfordern!

Bezug: EPK
Nernstweg 32-34,
2000 Hamburg 50
Tel. 040/390 52 21
Abo:
24,- / Jahr

Entwicklungspolitische
Korrespondenz
EPK

Suhartos neues Kabinett

Der 59jährige Wardiman Djojonegoro war nach einer "Vorwarnung" durch Forschungsminister Habibie, seinem bisherigen Boß, bestens auf seine Ernennung zum Minister für Bildung und Kultur vorbereitet. Auf einen Zettel hatte er sich die Antwort geschrieben, die er Präsident Suharto bei dessen insgeheim erwarteten Anruf gab: "Ich fühle mich von dem Vertrauen, das Sie in mich gesetzt haben, sehr geehrt und werde die mir übertragene Aufgabe mit großer Bescheidenheit angehen", lautete der "schwierige" Text, den er jedoch nicht zu Ende bringen konnte, da Suharto ihn schon unterbrach und ihm einige Unterweisungen gab. Dies stürzte den zukünftigen Bildungsminister des Landes mit der viertgrößten Bevölkerung der Welt zwar in höchste Verwirrung, konnte ihn jedoch nicht von der weiteren Rezitation seines Zweisatz-Werkes abhalten.

Reaktionen wie diese ließen einen Leser der Wochenzeitschrift TEMPO bezweifeln, ob die Vielzahl der neuen Minister, die ihre Berufung wie einen Lotteriegewinn feierten, sich wirklich ihrer Aufgabe in

der Politik Indonesiens bewußt seien. Er ist nicht der einzige, der die Professionalität und Kompetenz des neuen Kabinetts anzweifelt. Suhartos Regierungsmannschaft scheint sehr viel weniger ein Team, dem man die wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes anvertrauen könnte, als der Inbegriff eines taktischen Balanceaktes, der dem 71jährigen Präsidenten für die Dauer seiner wohl letzten Amtsperiode die Macht weiterhin sichern soll.

Die Fakten: 39 Männer und zwei Frauen zählt das neue Kabinett; die Hälfte der MinisterInnen sind Neulinge. Nicht mehr vertreten sind General Benny Murdani, ehemaliger Chef der Streitkräfte und zuletzt Verteidigungsminister, Innenminister Rudini, Finanzminister Radius Prawiro, Sicherheitsminister Sudomo und last not least Umweltminister Emil Salim, dem die engsten Kontakte zu den NGOs nachgesagt wurden. Neuer Vizepräsident wurde Try Sutrisno, bislang Chef der Streitkräfte, der sich in einem inoffiziellen Rennen gegen den von Suharto bevorzugten Forschungsminister Habibie durchgesetzt hat.

Abgesehen von Sutrisno und Verteidigungsminister Edy Sudradjat ist jedoch die Position des einst allmächtigen Militärs deutlich geschwächt: Die militärische Führung ist nicht weiter im Kabinett vertreten.

Die zweite wesentliche Veränderung betrifft die Ablösung der sogenannten "Berkeley Mafia", der Technokraten und Wirtschaftsfachleute, die, wie z.B. Radius Prawiro, in den USA ihre akademischen Titel erworben haben und auf freie Marktwirtschaft, Exportorientierung und ausländische Investitionen setzten. Sie mußten einer neuen Generation weichen, die in erster Linie Habibie, der "Deutsche" im Kabinett repräsentiert. Zwar hat er das Ressort nicht gewechselt, aber sich mit seinem Wirtschaftskonzept durchsetzen können. Habibie steht für den ökonomischen Nationalismus, für eigenständige Entwicklung, den Aufbau einer nationalen Industrie.

Habibie steht noch für etwas anderes: Er ist Vorsitzender der gemäßigten islamischen Intellektuellenorganisation ICMI, aus deren Reihen einige

der neuen Minister stammen (nicht zuletzt der oben erwähnte Bildungsminister und ICMI Geschäftsführer Wardiman Djojonegoro), und die z.T. auch christliche Minister abgelöst haben. Die Integration der islamischen Intellektuellen ins Kabinett gilt als einer der zentralen Schachzüge Suhartos.

Nicht unerwähnt bleiben soll auch die besondere Qualifikation des neuen Arbeitsministers Dr. Abdul Latief: Der 53jährige ist Eigentümer der größten indonesischen Kaufhauskette, zu denen die zwei bekannten Sarinah-Häuser in Jakarta gehören. Er kommt aus der islamischen Studentenorganisation HMI und war über Jahre einer der prominentesten Sprecher der Organisation Indonesischer Jungunternehmer sowie der Handelskammer. Abdul Latief ließ bereits verlauten: Wer mehr als drei Tage streike, könne mit seiner Entlassung rechnen.

Zusammengestellt von Erika Jung u. Agus Setiawan nach AW 19.5.93, S.26ff; FEER 1.4.19, S.72ff; II Nr.34/93 S.3 ff; TAPOL Nr.116 April 93, S.12f; TEMPO 27.3., S.19ff, 22.5.1993, S.11

Golfplätze für das Volkswohl

Selbst bei Parlamentsabgeordneten unbeliebt gemacht hat sich Suhartos jüngstes Kabinettsmitglied: der 35jährige Jugend- und Sportminister Hayono Isman. Die Anzahl und Einrichtung von Golfplätzen, so der Freund der Suharto-Söhne Bambang und Tommy, sei ein Indikator für den Entwicklungsstandard eines Volkes.

Aus parlamentarischen Kreisen verlautete, solche Aussagen konterkarierten die Bemühungen zur Bekämpfung der Armut. Eine "Aktionsgruppe gegen die Errichtung von Golfplätzen" protestierte vor dem Ministerium und entrollte Spruchbänder mit Parolen wie "Golfplätze sind eine Tortur für

die Bevölkerung".

Golfplätze werden im Inselstaat immer mehr zu einer lohnenswerten Investition. 93 gibt es bislang. Sie liegen entweder in Touristengebieten (bzw. werden dort geplant), wie z.B. in Lombok, wo man mit einer neuen Anlage vor allem Besucher aus Japan anlocken will. Oder sie werden zum Freizeit- und Wochenendvergnügen der Mittel- und Oberschicht errichtet. Gewinnbringendster Ort für derartige Investitionen ist der Großraum Jakarta, wo es bislang 10 Golfclubs gibt. In diesem Jahr sollen es 16 werden. In neuen Wohlstandsbezirken, so berichtete die FAZ unlängst, die oft um einen Golfplatz herumgebaut werden und

häufig über eigene Stromversorgung, geschlossene Abwasserkanäle, Schwimmbäder und Tennisplätze verfügen, kostet ein Bauplatz mehr als 800.000 US-Dollar.

Das Land für die aufwendigen Anlagen - häufig Reisfelder oder Sumpfland - wird den Bauern zu Niedrigstpreisen abgenommen. Landkonflikte sind vorprogrammiert, so wie 1991 in der Nähe von Bogor, wo ein Bauer, der die Entschädigung abgelehnt hatte und in seinem Haus verblieben war, vom Bulldozer überrollt wurde. Im Januar dieses Jahres wurde ein weiterer Dorfbewohner von Sicherheitskräften schwer verwundet.

Derzeit besonders umstritten sind die Planungen für einen Golfplatz mit Hotel und Reitsportanlage am Puncak-Paß ebenfalls in der Nähe von Bogor, dem beliebtesten Wochenenderholungsort der Hauptstädter. 700 ha werden hier insgesamt benötigt, davon 150 allein für den Golfplatz. Die Bewohner von drei Dörfern sollten dafür umgesiedelt werden. Die zuständige Entwicklungsgesellschaft wartet bislang jedoch auf die notwendige Genehmigung. Der Grund: Das Projekt soll in einem Landschaftsschutzgebiet realisiert werden, wogegen auch der neue Umweltminister Dan Solichin Protest eingelegt hat.

vgl. II No.34, S.13, TEMPO vom 3.4., S.84, 22.5.93, S.44